

# Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

## Die Gefahren so groß wie je!

### Hitler weiter vor den Toren – Zentrum nach wie vor für Nazi-Koalition – Papen-Schleicher arbeiten fieberhaft – Tritt der Reichstag überhaupt zusammen?

Eine Teilentscheidung ist gefallen: Hitler und die anderen Führer der NSDAP treten zunächst nicht in die Reichsregierung ein.

Dieser Entschluß Hitlers kann der deutschen Arbeiterklasse neue Kampfmöglichkeiten eröffnen – er kann aber auch die Gefahren für das deutsche Proletariat vergrößern, besonders dann, wenn sich die deutschen Arbeiter neue Illusionen über die Bedeutung dieser Teilentscheidung machen würden und wenn sie die Chancen, die ihnen noch einmal geboten werden, nicht nutzen.

Zunächst muß ganz klargestellt werden, woran die Regierungsbeteiligung Hitlers scheitert ist. Sie scheiterte nicht am Widerstand der Arbeiterklasse, sie scheiterte ebensowenig an prinzipieller Gegnerschaft seitens des Zentrums oder seitens der Kreise, die hinter der Regierung Papen und dem Reichspräsidenten Hindenburg stehen. Die Arbeiterbewegung spielte bei dieser Entscheidung keine Rolle, und das Zentrum wie die maßgebenden Regierungskreise waren zu weitestem Entgegenkommen bereit. In diesem Zusammenhang sei nur erwähnt, daß man Hitler mit der Vize-Kandidatur auch die preußische Ministerpräsidentenschaft überlassen wollte – natürlich ohne auf die verfassungsmäßigen Rechte des preußischen Parlamentes Rücksicht zu nehmen.

Wenn die Verständigung zwischen der NSDAP einerseits und Hindenburg-Schleicher sowie dem Zentrum andererseits trotzdem vorläufig nicht zustande gekommen ist, so liegt das in erster Linie an dem Entschluß Hitlers, seine Politik auf die Formel „Alles oder Nichts“ zu stellen. Alles wollten ihm aber die jetzigen Machtgeber nicht überlassen; die Männer der Reichswehr, der hohen Bürokratie, die Vertreter des preußischen Junkertums und des Monopolkapitalismus glauben, das Werk der Reaktion selbst besser und solider leisten zu können.

Ob Hitlers Entschluß für die weitere Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung vorteilhaft oder nachteilig sein wird, kann im gegenwärtigen Augenblick niemand mit Gewißheit sagen. Soviel aber steht fest, daß die Gefahren, die von der NSDAP, von den Terrorgardien der SA und SS drohen, um nichts geringer geworden sind. Sie sind so groß wie nur je.

Es scheint auch, als ob die Bemühungen um eine Heranziehung der Nationalsozialisten zur Reichsregierung und zur preußischen Regierung noch nicht ganz aufgegeben seien. Nach der Reichsregierung scheint jetzt das Zentrum stärker die Initiative ergreifen zu wollen. Wie der „Montag Morgen“ berichtet, hält das Zentrum nach wie vor an dem Standpunkt fest, daß

in Preußen sowohl als auch im Reich die Möglichkeit einer Koalitionsregierung zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum

gegeben sei. Das Zentrum wolle deshalb Vorschläge machen für eine solche Koalitionsbildung mit einem „neutralen“ Reichskanzler und einem „neutralen“ preußischen Ministerpräsidenten; für das Reich ist an Herrn von Schleicher, für Preußen an Herrn Dr. Bracht gedacht.

Auch die „Kölnische Zeitung“ meldet, die Fühlungnahme zwischen Zentrum und NSDAP sei schon viel enger, als es nach außen hin den Anschein habe. Da innerhalb der NSDAP ohne Zweifel verschiedene Auffassungen über den für die Partei günstigsten Weg vorhanden sind, ist die Möglichkeit einer doch noch positiven Entscheidung der Nationalsozialisten nicht ganz von der Hand zu weisen.

Inzwischen richtet sich die Regierung von Papen auf eine segensreiche Tätigkeit auf lange Sicht ein. In ihrem Regierungsprogramm, das bereits innerhalb der nächsten 14 Tage zur Veröffentlichung kommen soll, stehen im Vordergrund eine Gesetzesvorlage über die sogenannte Reichsreform (Oberhaus, Änderung des Wahlrechtes usw.), weiter ein Gesetz über die Arbeitsdienstpflicht, ein großes Finanzreformgesetz und Vorschläge zur Wirtschaftsreform.

Ob der Reichstag zu dem vorgesehenen Termin, am 30. August, zusammenzutreten wird, ist noch ungeklärt. Das jetzt führende Zentrumsorgan, die „Kölnische Volkszeitung“, bringt eine aus unterrichteten Berliner Zentrumskreisen stammende Meldung, die besagt, der Reichstag werde zu dem verfassungsmäßig vorgesehenen Termin nicht einberufen werden. Wie dem auch sein mag, ob die Regierung versuchen wird, sich noch ein verfassungsmäßiges Mäntelchen umzuhängen oder ob sie darauf verzichtet; sicher ist, daß die Entscheidung über das weitere Schicksal der deutschen Arbeiterklasse nicht im Parlament fällt. Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet: „Reichsregierung und Reichswehr sind auf alle Eventualitäten vorbereitet.“ Es stünde besser um die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung, um den Frieden Europas und das Schicksal des Sozialismus, wenn man das auch vom deutschen Proletariat sagen könnte!

### Die amtliche Meldung

Amtlich wird gemeldet:

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute nachmittag in Gegenwart des Reichskanzlers von Papen den Führer der NSDAP,

## Streik der 200 000 englischen Textilarbeiter

Wenn nicht in letzter Minute eine Änderung eingetreten ist, dann sind am Montag 200 000 englische Baumwollweber in den Streik getreten.

Es ist ein verzweifelter Kampf, den die englischen Textilarbeiter führen. Trotz der schönen Versprechungen bei der Aufhebung des Goldstandards, daß dadurch die Ausfuhr und damit auch die Beschäftigung wieder steigen wird, hat sich die Krise in der englischen Baumwollindustrie nicht verringert. Die Ausfuhr ist eher noch zurückgegangen als gestiegen. Aber wie in anderen Ländern, so hat es auch das englische Textilkapital verstanden, trotz jahrelanger Krise mit stark vermindelter Produktion seine riesigen Profite auf Kosten der Arbeiter aufrechtzuerhalten. So hat einer der größten englischen Textilkonzerne von J. P. Coats Ltd. mit einem Kapital von 20 Millionen Pfund (nach dem heutigen Kurs 300 Millionen Mark) für 1930 eine Dividende von 15 Prozent und für 1931 eine Dividende von 10 Prozent verteilt. Im Jahre 1932 hat es dieser Konzern fertiggebracht, seine Dividende, die vierteljährlich ausbezahlt wird, noch zu erhöhen. Er zahlt im zweiten Quartal 1932 6 Pence pro Aktie gegen 4½ Pence im Vorjahr.

Trotz dieser Riesengewinne und trotzdem sich die Lebenshaltung der Arbeiter

Adolf Hitler, zu einer Besprechung über die politische Lage und die Frage einer Umbildung der Reichsregierung.

Der Reichspräsident richtete an Hitler die Frage, ob er bereit sei, selbst sowie mit anderen geeigneten Persönlichkeiten der NSDAP in die von dem Reichskanzler von Papen geleitete Regierung einzutreten.

Herr Hitler verneinte dies und stellte an den Herrn Reichspräsidenten die Forderung, ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfang zu übertragen.

Reichspräsident von Hindenburg lehnte diese Forderung sehr bestimmt mit der Begründung ab, daß er es vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterlande gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei.

Er bedauerte, daß Herr Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend seinen vor den Reichstagswahlen abgegebenen Erklärungen eine vom Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten berufene nationale Regierung zu unterstützen.

Die Aussprache schloß alsdann mit einer ersten Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler, die von ihm angekündigte Opposition der NSDAP ritterlich zu führen und seiner Verantwortung vor dem Vaterlande und vor dem deutschen Volke bewußt zu bleiben.

## Arbeiterklasse vor die Front!

„Was macht Hitler?“ – Wird Hitler Kanzler? Das ist seit Wochen, insbesondere in den letzten Tagen, der Inhalt aller politischen Betrachtungen, der ganzen Öffentlichkeit, der gesamten Presse. Wenn jetzt nach dem Scheitern der Verhandlungen Hitlers mit Papen und Hindenburg diese Frage auch vorläufig entschieden ist und amtlich verkündet wird, daß die „überparteiliche“ Papenregierung unverändert im Amt bleibt, so hat die Arbeiterklasse gewiß keinen Anlaß, darüber in Jubel auszubrechen, oder gar das Ergebnis vom Sonnabend als ihren Sieg zu verbuchen. Die Nichtbefragung Hitlers zum Kanzler ist leider nicht, wie die „Rote Fahne“ fälschlicherweise behauptet, der „proletarischen Massenkraft“, dem „schnellen Anwachsen der revolutionären Kräfte“ und „dem Druck der Straße“ zu verdanken, sondern resultiert nur aus Gegensätzen im kapitalistisch-konterrevolutionären Lager. Die Regierung Papen hat schon Beweise genug geliefert, daß sie auch ohne direkte Regierungsbeteiligung Hitlers an fauchstlicher Arbeiterfeindlichkeit nicht leicht zu übertreffen ist, und daß sie es sich leisten kann, auf die Ansichten und Forderungen der politischen Arbeiterklasse vertretenden zwei großen Parteien, die SPD und die KPD, zu pfeifen. Es wäre gerade für die SPD-Arbeiter nichts gefährlicher, als jetzt etwa noch hinterher die Wahl Hindenburgs durch die „Eiserne Front“ als richtig zu bezeichnen, weil doch „Hindenburg gegenüber Hitler fest blieb.“ Bei dem Verhalten Hindenburgs waren bestimmt nicht Rücksichten auf die Verfassung oder gar auf „seine“ Eiserne Front-Wähler, sondern ganz andere, kapitalistisch-monarchistische Gründe maßgebend.

Es ist notwendig, gerade jetzt jedem Arbeiter und ganz besonders jedem SPD- und KPD-Mitglied die geradezu beschämende Tatsache vor Augen zu führen, daß in den ganzen letzten Wochen des Regierungskuhhandels, wo alles auf Hitler starrte, weder bei den heute maßgebenden politischen Führern, noch bei der Presse die Frage gestellt wurde: Und was macht die Arbeiterklasse, wie werden SPD, ADGB und KPD reagieren? Daß diese Frage nicht einmal im Hintergrund stand, sondern überhaupt nicht gestellt wurde, trotzdem SPD und KPD zusammen bei der letzten Reichstagswahl ebensoviel Stimmen, wie Hitler aufbrachten, trotzdem die freien Gewerkschaften mit ihren annähernd 5 Millionen Mitgliedern immer noch die in Anzahl wie wirtschaftlich weitaus stärkste Organisation in Deutschland darstellen, charakterisiert mit für die Arbeiter furchtbaren Deutlichkeit die wirkliche Situation.

Die Ursache dieser Tatsache festzustellen und daraus die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen, ist für die Arbeiterklasse zweifellos notwendiger und nützlicher, als das dumme, eine nicht vorhandene revolutionäre Kraft vortäuschende Geschwätz der „Roten Fahne“. Zur wirklichen Lage Stellung zu nehmen, wäre auch für die SPD und Gewerkschaften dienlicher, als die lächerlichen „Vorwärts“-Mätzchen, der von einem „Herzinfallen der Papen-Regierung auf den plumpen Bauernfingertrik“ Hitler schreibt und seinen Leitartikel vom Sonntag mit dem Ruf „Zurück zum Recht!“ überschreibt.

Warum stand und steht die Hitlerpartei heute als politischer Faktor ungleich viel mehr

# Die Presse zu Hitlers Absage

Die Rechtspresse fordert neuen Kuhhandel mit Hitler — Die linksbürgerliche Presse begrüßt das „Festbleiben Hindenburgs“ — Optimismus der SPD u. Selbsttäuschung der KPD

im Vordergrund, als die an Wählerzahl gleich starke und an organisierten Kräfte weit stärkere „marxistische“ Arbeiterbewegung? Weil neben einer Reihe anderer, für sie günstigen Faktoren, die NSDAP den robusten, rechtslosen Wähler zur ganzen politischen Macht an den Tag legt und ihre ganze Fähigkeit auf dieses Ziel einstellt. Die „marxistische Front“ ist bei der jetzigen politischen Entwicklung trotz ihrer numerischen Stärke als „nicht in Betracht kommend“ völlig in den Hintergrund gedrängt, weil von keiner der beiden großen Parteien die Machfrage ernstlich gestellt wird. Die SPD hat darauf verzichtet und sich selbst zum Antagonisten der Bourgeoisie demarshiert, sie hat sich selbst in Zeiten ihrer großen Machtfülle mit der Koalition, mit dem Mittelstand begnügt. Die KPD schreit zwar seit Jahr und Tag nach der Macht, aber treibt eine Politik, die jede Sammlung der Arbeiterklasse zum Auftreten als geschlossene Macht verhindert.

Wen aber die Zeit der Arbeitgemeinschaft und Koalition zwischen Bourgeoisie und der SPD als Vertreterin eines Teils der Arbeiterschaft endlich vorüber ist, weil die ökonomischen Verhältnisse in Deutschland unumwunden zu einer klaren Machtscheidung drängen, sich die politischen Führungen der Arbeiterklasse aber bisher als unfähig erwiesen, den einen, den sozialistischen Ausweg zu erzwingen, deshalb konnte Hitler so stark werden, deshalb kann er heute so provozierend „die ganze und alleinige Macht“ fordern. Deshalb ist Hitler, auch wenn er jetzt nicht Kanzler geworden ist, die stärkste politische Macht in Deutschland und bildet nach wie vor eine tödliche Gefahr für die Arbeiterklasse.

Daraus gilt es für beide Teile der Arbeiterklasse die Schlussfolgerungen zu ziehen. Das heißt, die Arbeiterklasse kann und darf sich nicht nur, wie bisher, auf den antifaschistischen Abwehrkampf beschränken. Sie muß mit ihren eigenen Ansprüchen auf die ganze Macht initiativ handelnd auf den Plan treten mit dem Kampfziel:

Weder Hitler noch Papen — sondern die Arbeiterregierung!

Der Faschismus kann nicht geschlagen werden durch ein zurück „zum Recht“. Es gibt kein Zurück, sondern ein Vorwärts zur proletarischen Macht. Ein Zurück aber ist es, wenn die SPD jetzt glaubt, durch Einbringung einer Reihe von Gesetzentwürfen im Reichstag, durch Anträge für Aufhebung der Papen-Notverordnung an den Dingen etwas ändern zu können und so einen Ausweg zu finden. Das ist unter den heutigen Verhältnissen parlamentarische Theater, das Herr von Papen mit der Heimückung des Reichstages spielend leicht abtun kann. Genau so sehr opportunistische Spielerei sind die schon am Tage der Wahl angekündigten KPD-Anträge an neuen Reichstag gegen die „Tribunalklaveri“.

Die Arbeiter der SPD wie der KPD müssen die Fortsetzung dieser kindischen Politik verhindern. Sie müssen in ihrer Partei die Führer zwingen, ganz eindeutig zu der Frage Stellung zu nehmen: Wie kann die ganze proletarische Macht, die Arbeiterparteien, die Gewerkschaften und alle übrigen proletarischen Massenorganisationen geschlossen eingesetzt werden zu dem einen konzentrierten außerparlamentarischen Kampf um die ganze politische Macht, um die Arbeiterregierung?

Es ist keine Stunde Zeit mehr zu verlieren. Die vorläufige Nichtbetrauung Hitlers als Kanzler und unumschränkter Diktator in Deutschland gibt der Arbeiterklasse, wenn sie wenigstens jetzt zielklar und schnell zu handeln versteht, vielleicht noch eine letzte Chance zur Verhinderung faschistischer Barbarei. Proletarier in allen Lagern der Arbeiterbewegung, erzwingt die sofortige und kraftvolle Ausnutzung dieser Situation, duldet kein Ausweichen mehr, erzwingt sofortige Maßnahmen zur Herstellung des Arbeiterblocks. Nicht mehr länger: Was macht Hitler? soll die Tagesfrage sein, sondern im Mittelpunkt muß stehen der Kampf der geschlossenen Arbeiterklasse für die Arbeiterregierung.

## Für den Papierkorb

Berlin, 13. August.

CNB. Wie der Sozialdemokratische Pressedienst mitteilt, wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion voraussichtlich schon in der nächsten Woche eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen und Anträgen politischen und wirtschaftspolitischen Inhalts dem neuen Reichstag unterbreiten. Gefordert werden soll die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni 1932, d. h. die Wiederkehr der früheren Arbeitslosenunterstützungs- und Rentensätze, die Aufhebung der Arbeitslosenabgabe, der Salzsteuer und die Wiedereinführung der Freigrenze für die Umsatzsteuer. Ein anderer Antrag fordert die Sozialisierung der Schlüsselindustrien Bergbau, Eisenindustrie, Großchemie usw. — sowie Verstaatlichung der Banken, ferner wird die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Verwendung des so freiwerdenden Landes für Siedlungszwecke beantragt. In einer dritten Gruppe von Anträgen wird ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das umfangreiche öffentliche Arbeiten, die Förderung von Hausreparaturen und die Beschäftigung von Arbeitslosen in stillgelegten Fabriken, alles finanziert durch eine Prämien- und eventuell eine Zwangsanleihe in der Gesamthöhe von 500 Millionen Mark, vorsieht. Außerdem wird die Einführung der 40-Stundenwoche verlangt. Zur Finanzierung des Mehrbedarfs der öffentlichen Körperschaften, der sich aus diesen Forderungen ergibt, beantragt die Fraktion der SPD eine Reihe von Steuermaßnahmen wie Erhebung von Notsteuern von hohen Einkommen und Vermögen, Luxussteuern, Schaffung staatlicher Monopole für Raucherartikel und Erdöl, Kürzung hoher Gehälter und Pensionen und Streichung der Fürstenabfindungen.

Die „Borsenzeitung“ spricht von einem „schwarzen Tag in der deutschen Geschichte“. Der Zwiespalt zwischen der Auffassung des Reichspräsidenten und Hitlers sei für die nationale Bewegung ein schwerer Schlag. Es müsse verhindert werden, daß ein Kampf innerhalb des nationalen Deutschlands begünne, und daß der Parlamentarismus in irgend einer Form wieder auflebe.

Die „Kreuzzeitung“ erklärt, sie stehe nicht an, es lebhaft zu bedauern, daß Hitler durch sein Verhalten gegenüber dem Angebot des Reichspräsidenten den Versuch zerstört habe, der Reichsregierung durch eine besonders junge Verbindung mit den Kräften der NSDAP eine überaus wertvolle Stütze zu geben. Die Zukunft werde erweisen, ob Hitler gut beraten gewesen sei, als er sich entschlossen habe, die vor zwei Monaten dem Reichspräsidenten gegebenen Zusagen zu verweigern.

Die „Deutsche Zeitung“ interpretiert das Ergebnis der Verhandlungen dahin, daß die Regierung zunächst unverändert im Amt bleiben werde und daß die Lage eindeutig dahin geklärt sei, daß die Zeit des Parlamentarismus endgültig vorbei sei.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Es wäre die historische Aufgabe der nationalsozialistischen Partei gewesen, den allen Feldmarschall bei der Lösung Deutschlands von den Auswüchsen des Parlamentarismus zu unterstützen. Es sei nicht ganz klar, wie Hitler als Politiker sich die Fortführung des Kampfes vorstelle.

## Schwerkapital nach wie vor für Hitler

Die schwerindustrielle „Kölnische Zeitung“ betont zunächst, daß die Argu-

mente des Reichspräsidenten gegen einen Reichskanzler Hitler, wie auch seine Auffassung von der Notwendigkeit eines überparteilichen Kanzlers sicherlich von sehr vielen Deutschen geteilt werden und in weitesten Kreisen Verständnis finden dürften. Trotz alledem bleibe aber die Notwendigkeit bestehen, die Nationalsozialisten zur Verantwortung mit heranzuziehen und für jedes immer geartete Kabinett eine Mehrheit im Reichstag zustandezubringen. „So betrachtet, mußte die Uebertragung des Reichskanzleramtes an Hitler als unvermeidbare politische Notwendigkeit erscheinen.“

Es läge kein Anlaß vor, die Lage als endgültig und unänderlich aufzufassen, auch wenn sich die Verhandlungen im Augenblick festgefahren haben. Bis zum Zusammenritt des Reichstages sei noch zwei Wochen Zeit, die benutzt werden müßten, eine Lösung anzustreben, welche den politischen Tatsachen und Notwendigkeiten entspreche.

„Nicht Hitler“ überschreibt die „Kölnische Volkszeitung“ ihre Bemerkungen zu Lage, die in der Feststellung gipfeln, daß die Verhandlungen um die Bildung einer Reichsregierung noch einige Zeit in Schwebe bleiben würden.

Der „Montag-Morgen“ behauptet, daß sehr intime Verhandlungen des Zentrums mit den Nazi-Vertretern hätten und weitergeführt würden, um allen Schwierigkeiten trotz einer Koalitionsregierung Hitler-Zentrum im Reich und in Preußen zustande zu bringen.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Es ging um den Staat als solchen, um alle Machtmittel und Machtpositionen, die kompliziert und ohne Garantien an Hitler auszuliefern auch die Männer sich nicht entschließen konnten, die heute am Ruder sind. Sie trennt von dem Führer der Nationalsozialisten nicht die Weltanschauung, nicht die grundsätzliche

Ablehnung alles dessen, was sich „nationalsozialistisch“ nennt. Die Situation, die nunmehr geschaffen ist, ist vollkommen unklar. Nur eines ist sicher — die Forderungen, an denen die Verhandlungen mit der Reichsregierung scheiterten, wird Hitler auf legalem Wege niemals mehr durchsetzen.“

Die „Frankfurter Zeitung“ führt u. a. aus, der Nachweis sei erbracht: Hitler könne nicht, selbst wenn er im Grunde wirklich gewollt haben sollte. Die NSDAP habe sich dem Staat, dem Reichspräsidenten und allen anderen versagt, die ihr einen fairen Anteil an der Führung des Staates verschaffen wollten.

Der „Vorwärts“: „Wir fordern, daß das Unrecht, das um eines mißglückten Experiments willen an der republikanischen Bevölkerung verübt wurde, wieder aufgemacht wird! Nachdem der Versuch einer nationalen Reichsregierung mit einer moralischen Katastrophe überdeckten geendet hat, ist es Zeit, sich auf die primitivsten Grundsätze einer geordneten Staatsführung zurückzubehalten. Es muß wieder Gerechtigkeit geübt werden (III) sonst steht Deutschland vor dem Untergang!“

Die „Rote Fahne“: „Der Ausgang der Verhandlungen ist der Ausdruck der durch das schnelle Anwachsen der revolutionären Kräfte (III) in der antifaschistischen Aktion verursachten tiefgehenden Verzerrung im Lager der Bourgeoisie. Die gestrigen Verhandlungen im Reichspräsidentenpalais, mögen die Herrschaften es auch nicht eingestehen, standen unter dem Druck der Straße (III), der stürmisch wachsenden antifaschistischen Massensammlung und Kampfbereitschaft der schnell an Einfluß gewinnenden antifaschistischen Aktion.“ Das sind leider nur selbsttäuschende Wunschphantasien.

# Mordkommissionen gegen politischen Terror!

Bracht wird energisch — aber gegen wen?

Zur Bekämpfung der politischen Ausschreitungen hat der kommissarische preussische „Innenminister“ Dr. Bracht folgenden Rundbrief an die Polizeibehörden einschließlich Landjägeri gerichtet:

„Nachdem die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August 1932 ergangen ist, haben die Polizeibehörden und Landjägeri-Beamten alle Kräfte und alle innen zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um jeden Fall eines Terroraktes auf dem schnellsten Wege aufzuklären.“

Die bestehenden Landes kriminalpolizeilichen Bestimmungen bieten eine vollkommen ausreichende Grundlage zur Erfüllung dieser Aufgabe. Sie geben dafür Gewähr, daß im gesamten Staatsgebiete, insbesondere auch in kleineren Städten und auf dem flachen Lande, die mit allen technischen Hilfsmitteln ausgerüsteten großstädtischen Kriminalpolizeien jederzeit eingreifen können.

Ich weise alle in Betracht kommenden Dienststellen nachdrücklich darauf hin, daß sie der zuständigen Landes kriminalpolizeistelle unverzüglich (fern-mündlich, drahtlich, auf dem Funkwege oder durch besondere Boten) von allen Terrorakten Meldung zu machen haben.

Die Landeskriminalpolizeistellen werden angewiesen, falls erforderlich, eine Mordkommission zu entsenden. Sie haben zu diesem Zweck eine ausreichende Anzahl von Mordkommissionen in ständiger Bereitschaft zu halten.

Zur Unterstützung dieser Mordkommission der Landeskriminalpolizeistellen sind für den Bezirk jeder Landjägeri-Inspektion eine oder nach Bedarf mehrere Hilfsmordkommissionen aus den Reihen der dafür vorgebildeten und besonders geeigneten Landjägerbeamten zu bilden. Die Hilfsmordkommissionen müssen aus mindestens drei Beamten bestehen. Sie sind mit dem gesamten erforderlichen, im Bezirk der Landjägeri-Inspektion zur Verfügung stehenden kriminaltechnischen Geräte auszustatten. Nötigenfalls hat die Landeskriminalpolizeistelle verfügbares Gerät der Hilfsmordkommission leihweise zu überlassen.

Die Hilfsmordkommissionen sind an einem für das fragliche Gebiet möglichst günstig gelegenen Orte ständig bereitzuhalten und mit einem in ständiger Fahrbereitschaft befindlichen Kraftwagen auszurüsten. Für dauernde Fernsprechverbindung ist zu sorgen. Der ständige Sitz der Hilfsmordkommission und ihre Fernsprechverbindung sind den Polizeibehörden, den Landjägeri-Beamten und der Bevölkerung bekanntzugeben. Ausreichende Ablösung ist sicherzustellen. Die Hilfsmordkommissionen haben:

1. bei der Meldung eines Terroraktes in ihrem Gebiete sich auf schnellstem Wege an den Tatort zu begeben und alle zur Sicherung des Tatbestandes und zur sofortigen Verfolgung und Festnahme der Täter notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Die örtlich zuständigen Landjägeri- und Gemeindepolizeibeamten sind nach Möglichkeit zu beteiligen;
2. die Landeskriminalpolizeistelle in jedem Falle unverzüglich zu benachrichtigen (fern-mündlich, drahtlich, auf dem Funkwege oder durch besondere Boten);

3. Im Falle ihres Einsatzes dafür zu sorgen, daß die Reservekommission ihres Bezirks sofort an ihrer Stelle Bereitschaftsdienst übernimmt. Der Fernsprecher der Hilfsmordkommission ist ständig besetzt zu halten.

Die Regierungspräsidenten sorgen nach Anhörung der Landeskriminalpolizeistelle umgehend etwa erforderliche Einzelheiten.

Größere Gemeindepolizeiverwaltungen haben, soweit noch nicht vorhanden, eigene Mordkommissionen zu bilden. Bei den anderen Gemeindepolizeiverwaltungen mit eigenen Kriminalbeamten sind diese Beamten zur Aufklärungsarbeit in vollem Umfange heranzuziehen.“

Der Terror der Nationalsozialisten gegen das Proletariat und seine Funktionäre ist kein ausschließlich kriminalpolizeiliches, sondern ein politisches Problem. So nützlich die oben angeordneten Maßnahmen wären, wenn sie durchgeführt würden — niemals kann die Gefahr von denen beseitigt werden, die sie mit heraufgeführt haben und die auch heute noch die SA und SS als wichtigen Faktor in ihre innen- und außenpolitische Rechnung einstellen. Alles spricht vielmehr dafür, daß auch diese neueste Verordnung sich in erster Linie gegen diejenigen richten wird, die sich gegen den nationalsozialistischen Terror zur Wehr setzen. So war es ja 1919, 1920, 1923 und in allen anderen ähnlichen Situationen der deutschen und außerdeutschen Klassenauseinandersetzungen.

Das deutsche Proletariat, die deutsche Arbeiterbewegung sind nicht durch Notverordnungen und Mordkommissionen zu retten. Wir müssen es selbst schaffen!

# Neuer Schlag gegen die Selbstverwaltung?

Verschiedene Blätter veröffentlichen ausführliche Berichte über eine neue Notverordnung, die der Reichskommissar in Preußen, Dr. Bracht, bereits für die aller nächste Zeit zu erlassen beabsichtigt. Die Verordnung würde die gesetzlichen Grundlagen der preussischen Selbstverwaltung entscheidend ändern. Insbesondere soll die Staatsregierung die Möglichkeit erhalten, Beschlüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden von sich aus auch dann aufzuheben, wenn diese Beschlüsse mit den übrigen Mitteln der Staatsaufsicht nicht angefochten werden können. Des weiteren ist geplant, den Provinzialratkollegien alle wichtigen Funktionen zu nehmen, die Provinzialräte zu beseitigen, die Landeskulturämter aufzuheben und alle diese und noch zahlreiche andere Funktionen auf die Regierungspräsidenten (in Berlin auf den Oberpräsidenten) zu übertragen. Nach den personellen Veränderungen, die die Regierung Papen und Herr Dr. Bracht in den preussischen Regierungspräsidenten vorgenommen haben, würde diese Verordnung den neuen

## Mecklenburg schafft Einwohnerwehren

Schwerin, 13. August.

CNB. Wie der Niederdeutsche Beobachter meldet, findet im mecklenburg-schwerinschen Innenministerium zwischen Staatsminister Dr. Scharf und den mecklenburg-schwerinschen Amtshauptleuten Besprechungen zwecks Organisation eines Selbstschutzes statt. Dem Blatt zufolge soll die mecklenburg-schweriner Staatsregierung der Auffassung sein, daß mit Terrorakten durch organisierte Terrorbanden gegen Erntevorräte, Gebäude und sonstige volkswirtschaftliche Werte zu rechnen sei und daß die staatlichen Polizeikräfte, wenn sich diese Fälle häufen, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht ausreichen, so daß Selbstschutzorganisationen eingesetzt werden müßten.

## Kommunist schwer verletzt

Köln, 14. August.

WTB. Hier entstand am Samstagabend gegen 11 Uhr zwischen Angehörigen radikaler Parteien eine Schlägerei, bei der auch geschossen wurde. Ein Kommunist wurde durch einen Schuß in den Oberschenkel erheblich verletzt. Durch ein abirrendes Geschloß wurde ein zweieinhalbjähriges Mädchen auf der Veranda eines benachbarten Hauses in den Rücken getroffen und erheblich verletzt. Das Ueberfallkommando nahm fünf Beteiligte fest.

## Gibt Bolivien nach?

Paris, 13. August.

Im Gegensatz zu der Ankündigung der bolivianischen Regierung, daß sie die von ihren Truppen besetzten Forts nicht räumen wolle, wird von Havas aus Buenos Aires berichtet, daß die bolivianischen Truppen ein Fort bereits geräumt hätten, das jetzt wieder von paraguayischen Truppen besetzt worden sei.

Herrn auch gesetzlich die unumschränkte Macht geben, die sie praktisch im wesentlichen bereits ausüben.

Herr Dr. Bracht erklärt zu diesen Veröffentlichungen, es handle sich lediglich um einen bereits seit Jahre bearbeiteten Referentenentwurf, irgendwelche Entscheidungen des Staatsministeriums seien noch nicht getroffen. Der „Vorwärts“ bemerkt hingegen mit großer Bestimmtheit: „Wir setzen jedem Dementi die Erklärung entgegen, daß der Plan, wie er hier dargestellt ist, tatsächlich besteht.“

Gegenüber diesen Gefahren hat das sozialdemokratische Zentralorgan keinen anderen Vorschlag als den Wunsch, der nationalsozialistische Landtagspräsident Kerl möge endlich den Landtag einberufen. Selbst wenn das geschähe — was soll es nützen? Die Rettung der letzten Reste der preussischen Selbstverwaltung kann nur im Rahmen des allgemeinen außerparlamentarischen Kampfes der Arbeiterklasse erfolgen, als ein nicht unwichtiger Teil der proletarischen Widerstandsaktion gegen die Faschisierung Deutschlands.

# Die Nazi-Unschuld zu beweisen . . .

## Amtliche Stellen bemühen sich beim Reichenbacher Attentat — Stimmungsmache für Nazimörder — Sondergerichte sind Klassengerichte

Breslau, 15. August.

Wie wir bereits in einer unserer letzten Ausgaben der „SAZ“ meldeten, ist der Handgranatenschlag in Reichenbach gegen den Redakteur der dortigen sozialdemokratischen Zeitung — Nachrichten der gesamten bürgerlichen, mit Ausnahme der faschistischen Presse — zufolge, reslos aufgeklärt worden.

Wenn man sich aber die bürgerlichen Blätter vom Sonnabend und Sonntag ansieht, so fällt einem ein Stimmungsumschwung, in sogar eine systematische Stimmungsmache auf, die offensichtlich beeinflusst von den amtlichen Nazinachrichtenstellen wird. Alles zugunsten des verhafteten SA-Mannes Wagner natürlich. Selbst der Erste Bürgermeister von Reichenbach fühlt sich bemüht, mit einer amtlichen Darstellung einzugreifen:

„Die Fahndung nach dem Mittäter Jenkes, des Handlungsgehilfen Wagner, wurde durch die schlesischen Nationalsozialisten, die von der Tat Jenkes entschieden abrücken, unterstützt. Wagner war nach der Tat aus Reichenbach geflüchtet und wurde der Reichenbacher Polizei von einem nationalsozialistischen Führer selbst eingeliefert. Mein Eindruck ist, daß es sich bei der Tat um die Handlung halblöser junger Leute handelt und die Organisation nichts damit zu tun hat. Die Gerichte, wonach auf bekannte Persönlichkeiten in Reichenbach noch weitere Attentate geplant seien, treffen nicht zu. Jedenfalls hat die Polizei keinerlei Anhaltspunkte dafür. Lediglich einem Zeugen, einem Chauffeur, durch den Wagner belastet wurde, ist gedroht worden. Die Polizei hat hierauf ihr Augenmerk gerichtet. Der in Haft befindliche Wagner besuchte die Oberprima des Reichenbacher Gymnasiums und ist dann seiner politischen Betätigung halber der Schule verwiesen worden. Wagner hat zugegeben, zusammen mit Jenke das Attentat vorbereitet zu haben. Ausgeführt habe es Jenke allein. Wagner habe bei der erfolglosen Explosion in Deckung gestanden. Der Verhaftete wird sich vor dem Sondergericht in Schweidnitz zu verantworten haben.“

Daß die Führung der SA, wenn sie es für nötig befindet und wenn es ihre demagogischen Zwecke verlangen, ihre eigenen Leute dem Kerker überantworten, wissen wir schon seit langem. Dazu hätte es dieser Darstellung des Herrn Bürgermeisters nicht bedurft.

Daß aber nur deshalb, weil die Polizei „keinerlei Anhaltspunkte“ besitzt, keine weiteren Attentate gegen führende Persönlichkeiten, wie wir es bereits gemeldet haben, geplant waren, erscheint uns als eine äußerst schwache Argumentation. Es soll schon bereits des öfteren vorgekommen sein, daß die Polizei für die Aufklärung eines Verbrechens „keinerlei Anhaltspunkte“ besessen hat, ohne daß man das Verbrechen an sich abstreiten konnte. Darüber hinaus meldet das Wolff-Büro von „zuständiger preussischer Seite“ (das klingt ja mehr als amtlich), daß ein Mittäter des Reichenbacher Attentates ausgesagt habe, der SS-Mann Jenke, der bei der Explosion der Handgranate ums Leben kam, hätte nicht die Absicht gehabt, Menschenleben zu gefährden, sondern er habe lediglich durch einen Anschlag auf die Synagoge einen Einschüchterungsversuch unternommen wollen.“

Diese Nachricht ist zu offensichtlich in die Welt gesetzt, um nicht auf den ersten Blick erkennen zu lassen, daß man eifrig bemüht ist, sogar von „zuständiger“ Seite, die Unschuld der SA-Leute zu beweisen.

Wenn es sich um Angehörige proletarischer Parteien gehandelt hätte, dann hätte die „zuständige“ Stelle sicherlich geschwiegen.

Alle diese Nachrichten sind nicht als Einzelsymptom zu werten. Man kann sie nur im Zusammenhang mit den bevorstehenden Prozessen der Sondergerichte — im Zusammenhang mit der konterrevolutionären Lage in Deutschland überhaupt vom proletarischen Standpunkt betrachten.

### Immer noch Attentate und Anschläge

Die letzten 48 Stunden haben in Schlesien zwar ein weiteres leichtes Abflauen der Terroraktionen der Nazis gebracht — aber immer noch laufen Meldungen über versuchte oder ausgeführte Attentate auf Funktionäre linksstehender Parteien ein. So wurde in der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag ein Feuerüberfall auf das Schlafzimmer des Gemeindevorstehers von Nesselwitz verübt. Der Täter muß die Schüsse von einem Motorrad abgegeben haben. Die Polizei hat wie immer die „Ermittlungen eingeleitet“.

In Friedrichsgrätz verunglückte der Staatsförster Bergmann mit seinem Motorrad, weil von unbekannter Seite ein Telegraphenpfahl über die Straße gelegt worden war; die Nachrichtenbüros bezweifeln, daß es sich um einen politischen Anschlag handelt.

In Hindenburg wurde ein Wächter der Brikkettfabrik, als er sich auf seinem Rundgang um das Fabrikgelände befand, von einer Anzahl von jungen Leuten in Räuberzivil überfallen und niedergeschlagen. Er trug eine Reihe von leichteren Kopfverletzungen davon. Auch hier konnten die Täter nicht ermittelt werden.

Zur Eindämmung dieser Terrorakte versuchen nun die zuständigen Behörden, in verstärktem Maße den Staatsapparat in Bewegung zu setzen. So wird nicht ganz ohne Pathos aus dem Regierungsbezirk Liegnitz gemeldet: „Die fortgesetzten verbrecherischen Anschläge auf Leben und Eigentum während der letzten Zeit haben den Regierungspräsidenten veranlaßt, einen verstärkten Streifenendienst der Landjäger und kommunalen Polizei, insbesondere zur Nachtzeit, anzuordnen.“

Auch diese Maßnahmen des Regierungspräsidenten sind letzten Endes nur Maßnahmen, die sich gegen die Arbeiterklasse richten.

### Zum Potempaer Mord Das Ergebnis der Sektion

Gleiwitz, 14. August.

Die Obduktion der Leiche des von Nationalsozialisten ermordeten Arbeiters Pietzuch durch den Gerichtsarzt, die am Sonnabend nachmittag stattfand, hat ergeben, daß der auf Pietzuch abgegebene Schuß nicht tödlich war, sondern nur den Oberarm getroffen hat. Der Tod scheint also durch die dem Pietzuch zugefügten Mißhandlungen eingetreten zu sein.

## Vor den Sondergerichten

### Der Ohlauer Prozeß beginnt heute

Breslau, 15. August.

Die Blutvorgänge, die sich am Sonntag, den 10. Juli in Ohlau ereignet haben, kommen nicht, wie ursprünglich geplant war, vor ein ordentliches Gericht, sondern sollen vor den jetzt üblichen Sondergerichten verhandelt werden. Dadurch sind die Laienrichter ausgeschaltet. Der Prozeß beginnt heute, Montag, in Brieg. Da in der Verordnung über die Sondergerichte bestimmte Angaben über die Zusammensetzung der Richter — ein Landgerichtsdirektor als Vorsitzender und zwei Landgerichtsräte als Beisitzer, mußte für den dritten Berufsrichter der Ohlauer Strafkammer ein Austausch vorgenommen werden.

Bekanntlich steht es den Sondergerichten zu, nach eigenem Ermessen die Beweisaufnahme zu beschränken. Es ist anzunehmen, daß man in diesem Monstreprozeß nicht davon Gebrauch machen wird. Man wird die Arbeiterschaft nicht so hart auf hart provozieren wollen. Man wird im Gegenteil ver-

suchen, zunächst ein Gesicht der Objektivität zur Schau zu tragen, dessen Klassenbindung sich aber durch nichts wird hinwegleugnen lassen.

Auch die Zusammenstöße in Kanth, die sich am gleichen Tage ereigneten, werden vor das Sondergericht, und zwar nach Breslau, kommen. Der Reichenbacher SA-Mann Wagner, der sich an dem Ueberfall auf einen sozialdemokratischen Redakteur beteiligt hat, kommt vor das Schweidnitzer Sondergericht. Er sitzt dort in Untersuchungshaft.

Würden für alle diese Straftaten bei einer Verurteilung jedoch noch die alten gesetzlichen Strafmaße Anwendung finden, so kämen die durch die Notverordnung angekündigten verschärften Strafen bereits bei der Aburteilung der Ermordung des Kommunisten Pietzuch im Kreise Bouthen zum Ausdruck. Dieser Fall wird, wie bereits berichtet wurde, vom Beuthener Sondergericht abgeurteilt.

## Schwere Verkehrsunfälle

### 4 Todesopfer, 6 Schwerverletzte

Breslau, 14. August.

Der Musiklehrer Maximilian Klose aus Breslau wurde am Sonntag mittig auf der Schweidnitzer Straße von einem Liegnitzer Motorradfahrer überfahren und so schwer verletzt, daß er im Allerheiligenhospital verstarb. Am Sonntag nachmittag wurde die Witwe Gertrud Plumfel aus Breslau auf der Gräbschener Straße von einem Motorrad überfahren und schwer verletzt. Abends überfuhr ein Motorradfahrer in der Klosterstraße eine Insassin des Siechenhauses in der Trebnitzer Straße, Frau Hedwig Ey. Sie wurde schwer verletzt ins Allerheiligenhospital gebracht.

Sprottau, 14. August.

Am Sonntag nachmittag stießen an einer Straßenkreuzung in Sprottau ein mit zwei Militärpersonen besetztes Motorrad und ein von Primkenau kommender Motorradfahrer, der auf dem Soziussitz eine Dame mitführte, zusammen. Der Führer des Militärrades, der

23jährige Oberkanonier Kurt Lehmann von der 15. Batterie des Artillerieregiments 3, Sprottau, erlitt einen doppelten Schädelbruch und war bereits tot, als er wenige Augenblicke später ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Sein Begleiter blieb unverletzt. Der Primkenauer Motorradfahrer und seine Begleiterin trugen erhebliche Kopf- und Knieverletzungen davon.

Sagan, 14. August.

Am Sonntag ereignete sich unweit Hermsdorf ein schweres Verkehrsunfall, das zwei Todesopfer forderte. Ein Personenkraftwagen aus Sagan stieß mit einem Motorrad zusammen, und zwar auf der Straße zwischen Hermsdorf und Tschirndorf. Der Zusammenprall war so stark, daß das Auto weit über den Straßengraben geschleudert wurde und sich mehrmals überschlug. Der Chauffeur Bernhard erlitt einen Bruch der Wirbelsäule und starb bei der Ueberführung ins städtische Krankenhaus Sagan; die beiden Insassen, ein Direktor aus

Sagan und eine Berliner Dame, kamen mit leichteren Verletzungen davon. Der Motorradfahrer, ein junger Mann aus Küpper (Kreis Sagan), erlitt einen Schädelbruch und starb ebenfalls nach kurzer Zeit.

Liegnitz, 13. August.

Als die Eheleute Urban aus Goldberg mit dem Rade von Liegnitz zurückkehrten, wurden sie von einem Motorrad angefahren. Sie trugen beide schwere Beinbrüche davon, während der Führer des Motorrades, ein Reichwehroldat, einen doppelten Schädelbruch erlitt. Verschiedet wurde das Unglück durch den Führer eines Personenaufwagens, das nicht abgeblendet hatte, so daß der aus entgegengesetzter Richtung kommende Motorradfahrer die beiden Radfahrer, die auf der rechten Straßenseite damit beschäftigt waren, eine Panne an einem Rade zu beheben, nicht sehen konnte.

Nimptsch, 14. August.

Ein in sehr rascher Fahrt den Berg bei Kosewitz herabkommendes Auto begegnete in der Kurve einem anderen Wagen. Um einen Zusammenstoß zu vermeiden, riß der Fahrer das Steuer nach rechts herum, in der Annahme, daß er dort auf eine Wiese gelangen könnte. Die Wiese entpuppte sich aber als ein mit dichtem Grün bewachsener Teich, der noch dazu ziemlich tief war. Dennoch landete das Auto so glücklich in dem Wasser, daß weder ihm noch den beiden Insassen etwas Nennenswertes passierte.

### Kesselexplosion

Sprottau, 14. August.

Der Klempnermeister Zauritz erlitt durch die Explosion eines unter Druck stehenden Kessels, den er gerade kontrollieren wollte, schwere Verbrennungen im Gesicht und am Kopf und mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

### Der bessere Herr

Liebau, 13. August.

Hier erregt das Verschwinden eines angeblichen Dr. Neuhaus, der im Juni aus Berlin hier zugezogen ist und die Villa des früheren Fabrikbesitzers Hesse bewohnte, großes Aufsehen. Er hatte für die Villa größere Anschaffungen gemacht, die er nicht bezahlen konnte. Außerdem hat er größere Schulden gemacht. Wie sich herausstellt, schwebt wegen eines Betruges in Breslau gegen ihn ein Verfahren. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Hochstapler. Gegen ihn ist ein Steckbrief erlassen worden.

### „Man nimmt an . . .“ „ . . . wirtschaftliche Notlage“

Frankenstein, 14. August.

In Sand-Frankenbergr wurde im Mühlgraben die Leiche einer Frau aufgefunden, die zweifellos Selbstmord begangen hat. Es handelt sich um die 75 Jahre alte italienische Staatsangehörige Julia Rossi, die, als Sommergast in Wartha wohnte. Man nimmt an, daß wirtschaftliche Notlage das Motiv zu der Tat war.

### Selbstmord infolge wirtschaftlicher Not

Löwenberg, 13. August.

Der Schuhmachermmeister Bunzel machte seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Man vermutet das Motiv in einem Schwermuttsanfall infolge wirtschaftlicher Notlage.

### Ein 72 jähriger Sittlichkeitsverbrecher

Breslau, 13. August.

Die 11. Ferienstrafkammer verurteilte heute den 72jährigen Rentner Friedrich Kleinert aus Winzig wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an vier Mädchen im Alter von 7 bis 12 Jahren, zu sechs Monaten Gefängnis. Der Angeklagte ist in früheren Jahren schwer vorbestraft. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

**Tonangelend zu sein,**  
 ist eine Anerkennung, die sich  
**JUNO**  
 - die gute Josetti Cigarette -  
 überall zu erringen wußte. Die vorzügliche Mischung,  
 das volle Format und der prinzipielle Ausschluß von  
 Wertmarken, Gutscheinen oder Stickereien  
 sichern Juno bei allen Kennern  
 einen ersten Platz.






# Kerker von Buchara

Leon Erwin Kisch, der rasende Reporter, hat neue Reportagen, die die Ausbeute einer Asienreise sind, in einem Bande gesammelt, der den Titel „Asien verändert“ trägt. Kisch schildert in diesen Reportagen die asiatischen Länder, die dem Verbands der Sowjet-Republiken angeschlossen sind. Eine wichtige einleitende Würdigung dieses Werkes bringen, wollen wir ein oder zwei Abschnitte unseren Lesern vermitteln. Nachstehender Abschnitt entstammt dem Kapitel „Revolution in Buchara“ und gibt eine Schilderung der Kerker des asiatischen Despotismus.

Wenn — preisend mit viel schönen Reden ihrer Länder Wert und Zahl — Mittelasiens Fürsten einst beisammen gesessen hätten: alle Teilnehmer dürften sich rühmen, daß sie jedem Untertan dessen Haupt in den Schoß legen konnten.

Aber kein Teilnehmer dieser Entrave, weder der Shah von Persien, noch der König von Afghanistan, der Emir von Buchara oder der Chan von Chiwa, und auch nicht der als landesfürstlicher Kommissar des Ak-Pascha anwesende Generalgouverneur von Turkestan, hätte etwas Ähnliches zu behaupten gewagt, wie Uhlands Graf am Bort, der sich vermaß, sein eigenes Haupt sorgenlos in jedes Untertanen Schoß legen zu können.

Man muß kein unbedingter Damntor temporis actis sein, um zu konstatieren, welche Angst diese Herrscher vor ihrem geliebten Volk empfanden, man braucht nur die verlassen Residenzen näher anzusehen, mit ihren Schutzvorrichtungen, Verliehen, Geheimausgängen, Buchara zum Beispiel. (Buchara war die Hauptstadt von Buchara, was meine gottselige Großmutter wieder für einen „einer unzulässigen Witze gehalten hätte.) Die Stadt ist durch einen Wall gesichert, den elf Spitzbogentore, von Zinnen, Türmen und Wachkollern flankiert.

Ein Felsenhügel auf dem Marktplatz und oben die Burg, genannt „Ark“. Von dort aus beherrschten die Emire ihre Untertanen, bestrebt, es ihrem Vorfahren mittelherseits, dem harten Dschingis-Chan an Härte gleichzutun. 700 Jahre nach seinem Tode wurden sie gestürzt. Es war kein äußerer Feind, der sie stürzte, es war der innere Feind, der gegen den die Armee gerichtet und die Residenz in starker Rüstung gehalten war. Eine sechsschwänzige Knaute, ihr lederner Stiel ist dicker als ein dicker Ast, hing als drohendes Symbol der Macht über dem Tor des Ark, und unter diesem Zeichen fuhr der Herrscher ein und aus. Jetzt ist die Knaute im Museum.

Vom Hauptportal des Schlosses wendet sich eine lange Rampe zu den Wohnräumen Seiner Hoheit hinauf, und diese Rampe ist eingesäumt von fensterlosen Kammern, — was sage ich, Kammern? — Gesteinslöchern, darin die Staatsverbrecher eingekerkert waren. Am Eingang zu diesen Verliehen sind jetzt Tafeln angebracht, besagend, wer in den Höhlen sah hier ein Mitglied der Dschadiden, dort ein Liberaler, hier ein Sympathisierender der jungbucharischen Bewegung, dort ein Sozialist. Die Hofkalesche fuhr tagtäglich vorbei, ohne daß ihren Insassen die Insassen der Löcher zu stören vermochten, ohne daß er diesen Weg als Spießrutenlauf empfand.

Dieser grausame Hauskerker ist noch nicht der grausamste von Buchara, der grausamste ist der Sندان, dort auf der anderen Anhöhe. Seine Kuppel wölbte sich unmittelbar über dem Kellerverließ, jetzt ist sie geborsten, und so kann man gerade sehen, wie finster es war. Der Boden ist Kot, die Wand ist Stein, der Boden ist feucht, die Wand ist kalt. 350 Menschen hatte das Rundgewölbe zu fassen. Wie konnten sich 350 Menschen hier bewegen? Sie konnten und sollten sich nicht bewegen. Eisenpflocke, Klammern und Spangen sind ins Mauerwerk gerammt, daran die

Gefangenen in verschiedenen Stellungen geschmiedet waren. Keine Kette gab es, an der ohnmächtig zu rütteln schon Wohlthat bedeutet hätte. Nur schreien konnte man, aber das schreckte den Kerkermeister nicht, der von Zeit zu Zeit herabkam, um ihnen zur Seite einen neuen Genossen anzulösen.

Auf dem steinernen Boden, der das Dach des Sندان ist, ragt ein „Buntschuk“ auf. Das ist eine krumme Stange, die oben auf einem Querholz einige Tuchfetzen, den schwarzen Schweif eines Yak und eine blecherne Hand trägt. Zeichen, daß hier ein heiliger Mann begraben liegt. An diesem frommen Ort war der höchste Wächter des Gefängnisses postiert, von hier hat man einen Ueberblick über die ganze Anlage, über die runde Gemeinschaftszelle und alle anderen in den Hügel eingelassenen Zellen, über die voneinander durch Wallgraben getrennten Trakte und über die Mauer, die den Komplex umsäumt.

Vor einem Menschenalter hatte der Emir Musaphar Chan dieses unmenschliche Gefängnis zu schließen befohlen, wie es einst Kaiser Josef mit dem Spielberg tat; Olim Chan, der letzte der Emire, öffnete es wieder, wie es Kaiser Franz mit dem Spielberg tat, und zwar nur für politische Gefangene und Gotteslästerer. Auch seinen Onkel Barat Beg warf Olim Chan hinein, und dieser hat vor Hunger, oder um sich zu töten, oder im Wahnsinn, oder um sich von der Eisenklammer zu lösen, seine linke Schulter abgenagt.

Gut gefüllt waren die Kerker, aber seltsam, seltsam, das half nichts. Und die Einkerkierungen, Bastonaden und Hinrichtungen nahmen von Jahr zu Jahr zu. Nach dem Februarumsturz kam der Vertreter der Kerenski-Regierung, Oberst Miller, nach Buchara und unterstützte den Emir freundschaftlich bei der Ausforschung revolutionärer Elemente.

Das Volk unter dem Felsen des Despotismus regte sich mehr und mehr. Es verlangte Beseitigung der Steuerwillkür, der Zwangsarbeit für das Wakuf, den gütterreichen Religionsfonds, Schulen in der Muttersprache und die Errichtung einer Druckerei.

Der Emir fürchtete einen Aufstand der notleidenden Bevölkerung, der Bauern, die durch die hochverzinsten Vorschüsse ihr Baumwollland verloren hatten, der Landarbeiter, der Karakul-Arbeiter, der Teppich- und Seidenweber, der Kutscher und der Wasserträger. Dieses von der Riesenzahl der Boys und der Mullahs, der Händler und Beamten ausgebeutete Proletariat begann sich zusammenzuschließen, und die Jungbucharische Partei unterstützte es.

Unter diesem Druck gab der Emir am 28. Dschemadissan 1295 n. d. H., das ist am 17. März 1917, ein Dekret heraus, darin er verschiedene Freiheiten, die Einrichtung einer Druckerei und die Freilassung der Gefangenen verspricht. Der Gefangenen. Er schränkte den Begriff nicht ein. Eigentlich hätten nach dieser mit Anrufung Allahs erlassenen Deklaration sogar die Raubmörder und Straßendiebe freigelassen werden müssen. Aber sie wurden nicht freigelassen. Es wurde überhaupt niemand freigelassen. Im Gegenteil: drei Tage später wurden die Führer der Jungbucharischen Partei, weil sie eine Freudenkundgebung anlässlich des Manifestes veranstaltet hatten, in das Gefängnis des Ark geworfen. Dort wurden ihnen je 75 bis 150 Stockstiche verabreicht, der nationale Dichter Ajni war unter den Verprügelten, und der greise Führer Mirza Nasrullah Abdugafur unter denen, die den Schlägen erlagen.

Erst nachdem die Oktoberrevolution gesiegt und auch in Taschkent Fuß gefaßt hatte, gingen die Völker der südlicheren Gebiete daran, das Joch der mittelalterlichen Feudalherrschaft abzuschütteln. E. E. Kisch.

# Überall

## Unwetterkatastrophen

### Wolkenbrüche, Hagelschläge, Überschwemmungen

#### In Westdeutschland . . .

Aachen, 13. August.

Ein schweres Unwetter entlud sich Sonnabend nachmittag in der Rheinprovinz. In der Gegend von Bettweis richtete heftiger Hagelschlag auf den Feldern und in den Gärten bedeutenden Schaden an. Auch in der Gegend von Kreuznach-Soller, wurde der größte Teil der Obstbäume vernichtet. In Kreuznach war der Hagelschlag so stark, daß die Fensterscheiben eines Treibhauses vollständig zertrümmert wurden. Die Fernsprechverbindungen mit den im Unwettergebiet liegenden Orten sind unterbrochen, so daß man sich von dem Umfang des Schadens noch kein genaues Bild machen kann. Durch das Unwetter wurde stellenweise sogar der Verkehr behindert. Ein von Düren nach Euskirchen fahrender Zug mußte seine Fahrtgeschwindigkeit erheblich verringern, da die Gleise auf weite Strecken überschwemmt waren.

Nach einer Meldung aus München ging am Sonnabendnachmittag auch über der Gegend von Garmisch ein mit Hagelschlag vermischter Wolkenbruch nieder. Die Wassermengen waren so gewaltig, daß der Bahnhof Garmisch-Partenkirchen am späten Abend noch 25 bis 30 cm unter Wasser stand. Der Zugverkehr von Garmisch nach München wurde unterbrochen. Durch das Unwetter wurden Einfahrtssignale weggerissen und die Telefonleitung unterbrochen.

Die Gleisanlagen wurden derartig ruiniert, daß die Abfertigung der Züge sich als unmöglich erwies, da die Weichen nicht mehr gestellt werden konnten. Der Zugverkehr konnte nur bis zu den Garmisch benachbarten Stationen durchgeführt werden. Für den Rest der Strecke wurden Autobusse eingesetzt. Um 21.30 Uhr ist ein Sonderzug mit Landespolizei, der von Garmisch angefordert wurde, dorthin abgegangen.

München, 15. August.

Die durch den gestrigen schweren Wolkenbruch verursachten Materialschäden am Bahnhof Garmisch-Partenkirchen sind einer Mitteilung der Reichsbahndirektion zufolge nach ununterbrochenen Aufräumungsarbeiten zum größten Teil behoben worden. Sowohl der Verkehr in der Fahrtrichtung München als auch der Durchgangsverkehr nach Innsbruck konnten wieder aufgenommen werden.

Freiburg i. B., 14. August.

In der Nacht zum Sonntag gingen über dem Schwarzwald schwere Gewitter nieder, die viel Schaden anrichteten.

#### . . . in Ostfriesland

Emden, 13. August.

Über ganz Ostfriesland gingen in der Nacht zum Sonnabend schwere Gewitter nieder, die großen Schaden anrichteten. In verschiedenen Ortschaften wurden insgesamt sieben Wirtschaftsgebäude und Wohnhäuser vom Blitz getroffen und brannten bis auf die Grundmauern nieder. Dabei kamen zahlreiches Vieh und große Erntevorräte in den Flammen um. Auf den Feldern wurde vielfach das weidende Vieh vom Blitz getroffen und getötet. Eine große Anzahl Telefonleitungen wurde zerstört. Auch schlugen Blitze in die elektrische Leitung.

#### Wirbelsturm in Texas

London, 15. August.

Ein Wirbelsturm hat in Houston schwere Verheerungen angerichtet. Doch sind ihm nur 13 Menschenleben zum Opfer gefallen, da vor Ausbruch des Sturmes das flache Land geräumt wurde und man auch alle sonst zu Gebote stehenden Vorsichtsmaßnahmen getroffen hatte. Die Hafenstadt Galveston, die auf einer schmalen Halbinsel gelegen ist, steht außer Verbindung mit dem Festland. Da die Lichtleitungen zerstört sind, herrscht völlige Dunkelheit. Galveston ist der bedeutendste Baumwollausfuhrhafen der Welt und steht an zweiter Stelle der Ausfuhrhäfen der Vereinigten Staaten nach New York.

## Überschwemmungskatastrophe in Indien

Bombay, 13. August.

Infolge des Steigens des Indus sind die Ufer des Begari-Kanals durchbrochen. Hunderte von Dörfern sind von den Wasserfluten überschwemmt. Die Einwohner flüchten auf höher gelegene Plätze und Hügel oder suchen auf Bäumen Zuflucht. Tausende von Arbeitern sind Tag und Nacht unter der Leitung englischer Ingenieure mit der Schließung der Durchbruchsstelle beschäftigt.

## Grauenhafte Einzelheiten aus dem chinesischen Hochwassergebiet

London, 13. August.

Aus dem Hochwassergebiet in der Mandschurei werden grauenhafte Einzelheiten gemeldet. Vor etwa einer Woche trat der Nonnifluß über die Ufer und hat ungeheure Gebiete überschwemmt. Die Zahl der Ertrunkenen wird heute auf über 50.000 geschätzt.

Die Lage der Bevölkerung in Charbin ist verzweifelt. Viele Tausende von Flüchtlingen konnten sich zwar auf höher gelegene Gebietsstreifen retten, sind jedoch jetzt dem Hungertod ausgeliefert, weil es unmöglich ist, ihnen Nahrungsmittel zu bringen. Es war bisher nur möglich, notdürftig Hütten aus Matten zusammenzusetzen, in denen Tausende von Menschen ihre Zuflucht suchten.

Die Cholera hat sich von Charbin auch auf den gänzlich verwüsteten Han-Bezirk ausgedehnt und fordert täglich zahlreiche neue Opfer.

Hunderte von Leichen schwimmen durch die Straßen, weil es nicht möglich ist, sie herauszufischen und zu beerdigen.

Das Hochwasser hat bereits Charbin erreicht, die Stadt steht teilweise unter Wasser. Noch immer steigt der Fluß, und wahrscheinlich werden die Fluten in einigen Stunden auch die höher gelegenen Straßenzüge der Fremdenstadt von Charbin erreicht haben.

Die Rettungsarbeiten der chinesischen und japanischen Soldaten, die vorübergehend die Feindseligkeiten eingestellt haben, beschränken sich darauf, den bedrohten Gebieten Nahrungsmittel und Medikamente zu bringen. Das japanische Hauptquartier fürchtet, daß die japanischen Garnisonen im Katastrophengebiet von den Fluten eingeschlossen und das gesamte Kriegsmaterial und die Proviantdepots vernichtet worden sind.

## Der Kaiser ging, die Generäle blieben

17) Ein deutscher Roman  
Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50  
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks  
der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Schalen, Kartoffelschalen . . . singt es endlos und eintönig weiter in ihrem Kopf. Bis sie vor zwei schwer ausgreifenden Pferden aufschreckt und fast unter die Räder eines Fuhrwerks gerät.

„Dumme Ziege, — paß doch auf!“  
„Das ging noch eben, da haben Sie noch mal Glück gehabt, junge Frau!“

Sie sieht das staubige Gesicht des Kutschers, sie sieht einen mit Rollen Rotationspapier hoch beladenen Wagen an ihr vorbei- und in eine Toreinfahrt hineinschwanken. Und Wagen, Kutscher und die Fußgänger um sie herum erscheinen ihr unwirklich und weit weg.

Alles erscheint ihr fremd und sinnlos. Und doch ist alles wie immer, wie an allen Tagen.

Berlin steht Schlange, flickt Soldatenhosen, druckt Zeitungen, bespricht die neueste Note des Präsidenten Wilson, studiert die Süßstoff- und Fettkarten des Reichsernährungsamtes, disputiert über den Zusammenbruch der Türkei, über den Abfall Oesterreichs und über den Frieden.

Jeder steht an seiner Stelle und geht seinen gewohnten Gang . . .  
Unterwart findet sie sich vor dem Krankenhaus.

Sie geht denselben Weg, auf dem sie den Jungen vor zwei Abenden in die Kinderstation getragen hat. Wie lang der Weg ihr erschien, wie schwer der Junge in ihren Armen lag. Und wie gern würde sie ihn noch einmal tragen — der Weg dürfte ohne Ende sein!

Sie geht die Treppen hoch und steht auf demselben Gang wie vor zwei Tagen. Durch die Glastür sieht sie in den Saal hinein. Zwei

Reihen weißer Betten. In allen liegen Kinder, auch im zweiten rechts. Aber das Kind in diesem Bett hat schwarze Haare, ihres war blond.

Die Schwester vom Nachtdienst ist nicht da.

Die Tagschwester weiß ihr nichts zu sagen.

Nachher steht Frau Müller im Büro des Krankenhauses und sagt ihren Namen. Ein Fräulein fertigt die Besucher und die Entlassungen ab. Hinter der Holzbarriere steht ein Schreibpult. Rechts und links davon, auf hohen Böcken, sitzen zwei Schreiber.

„Max Müller.“

„Und der Vater?“

„Der auch, der heißt auch Max.“

„Nein, Geld habe ich nicht, zahlen kann ich nicht!“

„Leichensammelstelle Buch!“ registriert der Schreiber.

Sie unterschreibt ein Blatt Papier, das man ihr vorlegt, und bleibt stehen.

„Danke, das genügt. Wünschen Sie noch was?“

„Ich möchte — ja, kann ich ihn nicht nochmal sehen?“

Sie erhält von dem Fräulein eine Karte mit einer Nummer.

Hinter einer Frau, die ihr entlassenes Kind an der Hand führt, kommt sie unten an. Einen langen kühlen Weg hat sie zu gehen. Am Ende des Weges steht ein niedriges Haus. Ein Mann in Holzpantinen und gestreifter Bluse macht die Tür auf. Der fragt nichts, nimmt ihr nur die Karte ab, geht in den Nebenraum und kommt dann, das tote Kind auf den Armen, in den Flur zurück.

Zögernd schlägt sie das Tuch auf.

Ganz nackt und lang ausgereckt liegt der Junge da. Sie hat gar nicht gewußt, daß er schon so groß war. So mager ist er, und die Nase ist so spitz geworden. Sie hebt den herabhängenden Kopf und hält ihn in beiden Händen. Der Mann sieht nicht weg, auch nicht, wie die Mutter sich niederbeugt und einen scheuen Kuß auf die Stirn ihres Kindes drückt. Die Frau hat ja nur ein armseliges, vertragenes Kleid an, und die Leiche geht nach der Sammelstelle Buch, auf den Armenfriedhof.

man sich ja noch die Pest hier im Haus!“  
Auch die Haustür schlägt er krachend hinter sich zu.

Nein, das gibt's nicht. Dafür hat er die Lucie nicht im Haus behalten und sich das Geld für sie abgespart. Von jeder Kriegsanleihe hat er einen Anteilsschein für sie angelegt. Das sind neun bis jetzt. Da hat er auf verschiedenes verzichtet müssen. Und es ging auch nur, weil er an den großen Hammer gekommen ist und gut verdient hat. Und jetzt kommt sie ihm mit so einem — überhaupt, was weiß man denn von ihm; ausgerückt ist er von zu Hause und zur See gegangen, der ist gerade der Richtige! Und mit so verworrenen Anschauungen: . . . wie in Rußland muß es kommen, Arbeiter- und Soldatenräte!“ Was so ein Rotzunge davon schon versteht, der soll erst mal trocken hinter den Ohren werden! Aber das kommt von diesen geheimen Aufwieglern, wie dieser Doktor Duncker einer ist. Was kann denn der schon von der Arbeiterbewegung verstehen! Wie in Rußland, — jetzt, wo es vorwärtsgeht, wo unsere Leute Schritt um Schritt die Macht erobern!

Gustav Bauer ist Minister geworden!

Genosse Scheidemann ist Staatssekretär!

„Für das persönliche Regiment ist in Deutschland kein Raum mehr!“ Das hat Fritz Ebert im Reichstag deutlich genug erklärt. Jawohl, die Herrschaften werden noch Augen machen!  
Es geht vorwärts, das sieht doch eir Blinder.

Was wollen diese Schreier von der USP. eigentlich, dieser Brantschke zum Beispiel, der neue Helfer an seinem Hammer, — jetzt, wo unsere Genossen die Amnestie durchgesetzt haben, sogar Liebknecht ist aus dem Zuchthaus rausgelassen worden! Es geht überall vorwärts! Und wie haben wir denn angefangen? Zahlende, Hausagitation, Abonnentenerwerb, Versammlungen, Demonstrationen, Flugzettel verteilen auf dem Lande, und die Debatten in der Bude und in den Sitzungen. Aber jetzt zeigt sich auch der Erfolg, und da heißt es eben abwarten und die Entwicklung nicht stören!

(Fortsetzung folgt.)

# Die subventionierte Großindustrie verdrängt die Kleinen

## Zum Kampf der Solinger Rasierklingenindustrie gegen den Mammutautomaten

Die Rasierklingenindustrie, der Solinger Schneidwarenindustrie (üngst u. Sploh, schwebt seit Monaten in Angst und Not. Die Schwerindustrie will die noch einigermaßen gut gehende Rasierklingenproduktion an sich reißen, durch Aufstellung eines riesenhaften Automaten, der diesem Produktionszweig der Schneidwarenindustrie den Todesstoß geben wird. Die geplante Aufnahme der Rasierklingenherzeugung durch die Schwerindustrie ist schon wiederholt Gegenstand von Besprechungen des Langnamvereins mit dem Esti-Bund, der Interessensorganisation der belgisch-märkischen Kleinindustrie, gewesen. Als Ergebnis dieser Besprechungen muß die Abmahnung angesehen werden, daß die „eisenhaltende Industrie“ vorläufig nicht daran denkt, in das Gebiet der Fertigwarenindustrie einzudringen.

Um aber die von den Solinger Klingenfabrikanten so pessimistisch geschilderte Situation richtig zu verstehen, ist es notwendig, diesen Zweig der Solinger Industrie in seiner Entwicklung zu betrachten. — Die Handhabung des Rasiermessers, das, solange man von Solinger Schneidwaren spricht, eine wichtige Rolle spielt und bis vor wenigen Jahren den Hauptanteil der Gesamtproduktion stellte, erfordert eine gewisse Geschicklichkeit und Übung. Um die Messer in der bekannten Güte herzustellen, ist nicht nur bester Gußstahl notwendig, sondern erfordert zu seiner Bearbeitung einen geschulten und mit größter Sorgfalt schaffenden Arbeiterstamm. Dies wirkte sich naturgemäß in Zeiten normalen Wirtschaftsganges dahingehend aus, daß die Rasiermesserarbeiter und besonders die Schleifer einen weit über dem Durchschnitt liegenden Lohn erringen konnten.

In der Kriegs- und Nachkriegszeit wurde durch die Produktion von Rasiermessern aus besserem Stahl der Tarif vielfach durchlöchert und damit zwar ein billigeres, aber qualitativ bedeutend minderwertigeres Messer auf den Markt gebracht. Um die Jahrhundertwende beschäftigte man sich eingehend damit, durch Aufsetzen eines Sicherheitskammes ein gefahrloses Selbstrasieren zu ermöglichen. Diesen Versuchen folgte der erste Sicherheitsrasierapparat mit einer hohlgeschliffenen Klinge, der gegenüber dem modernen Apparat zwar den Vorteil hat, daß die Klingen nicht nach ein- oder zweimaligem Gebrauch wertlos sind, sondern an Schneidfähigkeit und Schärfe dem Rasiermesser nicht nachsteht. Dieser Apparat wird heute noch hergestellt, allerdings nur in geringem Umfang, da der Preisunterschied im Vergleich zu dem Rasierapparat mit der dünnen, an beiden Seiten schneidenden Klinge ganz enorm ist. Ein solcher dünnklingiger Apparat kam in Solingen im Jahre 1905 zuerst in den Handel. Durch die fortschreitende Technik ist dieser ursprüngliche Apparat nebst Klinge vielfach verbessert worden. Ebenfalls hat die Produktionsweise einen großen Umbruch erlebt und ist von einem mehr manuellen zu überwiegend maschinellen System übergegangen.

Die Herstellung von Rasierklingen hat in der Solinger Industrie erst nach dem Kriege Bedeutung erlangt. Die Wirtschaftskrise mit ihrer Senkung des Reallohnes zwang weite Kreise, besonders der Arbeiterschaft, zum Selbstrasieren überzugehen. Dem Rasiermesser, dessen Anschaffung teuer und Handhabung schwieriger ist, wurde der Apparat vorgezogen. Absatz- und Produktionsmöglichkeiten stiegen. Die durch den schnellen Verbrauch unbegrenzt scheinende Absatzmöglichkeit der Klinge ließ einen großen Teil Stahlwarenfabrikanten, die eben die finanzielle Möglichkeit dazu hatten, zu diesem Produktionszweig übergehen. Durch Technisierung des Produktionsprozesses, ständige Vergrößerung der zu produzierenden Menge, endlich aber auch durch die besonders für die Solinger Industrie ungeheure Wirtschaftskrise sanken die Preise. Das gegenseitige Untertreiben, welches sich besonders in den beiden letzten Jahren bemerkbar machte, trägt zu seinem Teil daran bei, daß Rasierklingen bester Qualität heute 16 bis 12 Prozent des Preises der Jahre 1912/13 kosten.

Demgemäß sind natürlich auch die Arbeitslöhne. Zur Herstellung der Klingen werden vorzüglich Frauen und Mädchen gebraucht, deren leichte Hand der schwereren der Männer vorgezogen wird, die auch eine fixere Handhabung der Maschinen oder der handlichen Griffe gewährleistet. Für geübte Arbeiterinnen liegen die Stundenlöhne um 30 bis 35 Pfg. Ein Rasierklingenpackapparat, der in der Anschaffung 4000 RM. kostet, wird nicht mehr verwandt, — weil

die menschliche Arbeitskraft billiger als die Maschine ist.

Das Einschlagen der Klingen in Stearinpapier, Zusammenlegen von 10 oder 12 Stück in ein Schächtelchen wird zum weitaus größten Teil durch Handarbeit erledigt, wozu natürlich alle Familienmitglieder mit herangezogen werden, um 8000 bis 10000 Stück bei einem Verdienst von 4 bis 5 RM. pro Tag bewältigen zu können. Billiger kann es die Maschine nicht. Die jährlich produzierte Menge schwankt nach Schätzungen zwischen 550 bis 650 Millionen

Einen Teil soll nun der Mammutapparat übernehmen. An dieser riesenhaften Maschine, von der AEG für eine Million angeboten, hat die Deutsche Edelstahlwerk AG in Krefeld großes Interesse. Die Unruhe, die sich besonders der kleineren Rasierklingenfabrikanten bemächtigt, ist zu verstehen, wenn man bedenkt, daß dieser Automat arbeitsmäßig bis zu 100000 Klingen herstellen kann. Der Solinger Industrie wurde dieser Gigant im vorigen Jahre angeboten. Er wurde aber, nach dem Bericht des Esti-Bundes, „wegen den unsicheren Zeitverhältnissen“ und „aus betriebstechnischer Ueber-

legung“ nicht erworben. Das heißt mit anderen Worten: es fehlt das notwendige Kapital. Interesse ist zwar vorhanden, aber woher sollen die kleinen Kötter das nötige Geld nehmen? Zu einer solchen Kapitalinvestition reicht nicht einmal der Atem der (nach Solinger Begriffen) Großbetriebe mit 1 oder 1,25 Millionen RM. Aktienkapital. Dazu ist nur die vom Reich subventionierte Schwerindustrie in der Lage, der zudem noch die Mittel der Großbanken zur Verfügung steht. Wo aber sind die Banken, die in diesem ungleichen Kampfe den Kleinen in der Solinger Industrie die nötigen Mittel vorstrecken?

Der erste Schritt der Schwerindustrie in die Solinger Industrie erfolgte vor 3 Jahren. Durch Otto Wolf drangen die Vereinigten Stahlwerke in das Gesenkschmiedefach ein und erlangten die Firmen Rauch, Engels, Hartkopf und A. Kupper ihrer Selbständigkeit. Diesem folgt jetzt der zweite Schritt: Die Einführung des Mammutautomaten, dem die Solinger Rasierklingenindustrie in ihrer jetzigen Form erliegen wird. Die Zusammenhänge der Dinge sind ziemlich klar. Otto Wolf, der Ueberwältiger der Gesenkschmiedbetriebe, sitzt im Aufsichtsrat der AEG; die Krefelder Edelstahlwerke sind ein Tochterunternehmen der Vereinigten Stahlwerke ebenso wie die Gesenkschmiederei Bergbau-A.G., die von dem Flick-Geschäft, das den Vereinigten Stahlwerken die nette Summe von 80 Millionen RM. Reichsgelder einbrachte, rühmlichst bekannt ist.

Was werden die Proteste der Solinger Rasierklingenfabrikanten und des Esti-Bundes gegen „die staatlich subventionierte Klinge... die allen Begriffen von der Gleichheit im Wirtschaftskampfe zuwider laufen“ nützen? Auch ihre Forderungen, „dem ehrlich vorwärtsstrebenden Wirtschaftler die Bahnen zu öffnen, um im In- und Auslande auf dem Gebiete der Marktversorgung, auf der Basis der wirtschaftlichen Konkurrenz sich frei zu entwickeln“,

wird man an maßgebender Stelle kaltblütlich zu den Akten legen. Die Herren der Edelstahlwerke, der Vereinigten Stahlwerke sind von dem gleichen Ideal besetzt; denn auch sie wollen vorerst „nur einen kleinen Bruchteil der Solinger Gesamtproduktion erzeugen“ und „überhaupt den neuen Automaten in den Dienst des gemeinsamen Kampfes gegen ausländische Erzeugergruppen stellen“. Solche „ehrlichen, aufrichtigen“ Mitkämpfer müßte man mit offenen Armen empfangen. Dem Esti-Bund wollen auch solche Erklärungen kein Vertrauen einflößen. Die Kleinindustrie weiß, daß dieser „gemeinsame Kampf“ ihr letzter sein wird, daß das Großkapital wächst und stärker wird und nicht nur auf Kosten der Arbeitslöhne, sondern auch auf Kosten der kleineren Industrien, der Kapitalschwachen.

Die Solinger Arbeiterschaft kann ihr Interesse im Kampfe um bessere Lohn- und Lebensbedingungen gegen die Kleinindustrie erfolgversprechend durchführen, muß aber gleichzeitig die ständig fortschreitende Mechanisierung und Maschinisierung mit in den Plan ihrer Berechnungen stellen. Die Einführung des Rasierklingenautomaten ist nicht nur ein typisches Beispiel im Kampfe der Großen gegen die Kleinen, sondern auch für die Unsinnigkeit des kapitalistischen Systems überhaupt. Der technische Fortschritt, die Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch die Maschine wird bei diesem System statt zum Segen zum Fluch für die Menschheit. Nur in der sozialistischen Gesellschaft werden die Arbeitermassen nicht zittern brauchen vor dem gewaltigen technischen Fortschritt, sondern sich freudig begrüßen können als eine weitere Befreiung von der Qual schematischer Arbeit bei überlanger Arbeitszeit. Der Kapitalismus ist heute zum Hemmnis des technischen Fortschritts geworden, erst der Sozialismus kann der Technik volle ungehinderte Entwicklungsmöglichkeiten zum Nutzen der gesamten Bevölkerung geben. A. D.

## Zwischen Sungari und Ussuri

### Verbot des Warentransitverkehrs — Drohende Hungersnot — Die antijapanische Bewegung

Ussuri-Gebiet.

Die Lage in der mandschurischen Provinz Kirin wird durch die drohende Hungersnot und das Anwachsen der antijapanischen Bewegung gekennzeichnet. Die japanische Okkupationspolitik beginnt sich in ihren eigenen Schlingen zu fangen: Die Erdrosselung der gesamten Landwirtschaft im Gebiet zwischen Ussuri und Sungari wird zum gefährlichsten Sprengpulver gegen die japanischen Unterdrücker, die ihres mandschurischen Besitzes nicht recht froh werden können.

Die Japaner haben den Sungari, der das Herz der Mandchurei mit dem Amur verbindet, faktisch gesperrt. Das wurde bereits anlässlich des Berichtes über die Lage am Amur festgestellt. Nun soll diese faktische Sperre auch gesetzlich festgelegt werden: Die mandschurische Regierung wird in den nächsten Tagen die Ausfuhr von Sojabohnen über den Sungari und den Ussuri verbieten!

Was bedeutet das? Die Ussuri- und Sungari-Gebiete der Provinz Kirin haben seit jeher ihren Sojaexport über Sowjetgebiet getätigt. Die Sojalladungen gingen stromabwärts über den Amur nach Nikolajewsk und wurden dort auf japanische Seeschiffe verladen. Im Winter brachte man die Soja per Achse über das Eis der Flüsse bis auf das linke Amurufer, von wo die Sojaberge — es handelt sich um viele Millionen Pud — im Laufe der Navigationsperiode abgeholt und verfrachtet wurden. Dieser Transitverkehr war sowohl für die Sojabauern und Exporteure, wie auch für den Transitspediteur, die Sowjetunion, von Vorteil.

Ein Blick auf die Karte lehrt, daß der Transport über die südmandschurische Bahn nach Dairen eine völlig künstliche und unrentable Sache ist. Trotzdem: die Japaner wollen den Transitverkehr gänzlich ertöten und die südmandschurische Bahn rentabel machen, mögen die Sojabauern im Nordosten dabei zu Tausenden verhungern. Der Transitverkehr nach den Sowjetländern wird durch diese Maßnahmen selbstverständlich schwer getroffen, nachdem überdies die „Banden“, ungestört von den japanischen Truppen, die Ostlinie der Ostchinesischen Bahn bei der Station Eychow unweit von Nimbua, zerstören konnten.

Die Japaner sind bei all diesen Maßnahmen selbstverständlich offiziell überhaupt nicht beteiligt. Das macht alles die „selbständige“ mandschurische Regierung, in deren Reihen, wie man hört, einige Unzufriedene anzutreffen sein sollen. Die Herren haben sich das doch anders vorgestellt. Die Japaner haben, so wurde bereits berichtet, ihre Truppen vor einiger Zeit zurückgenommen. Ihr Gros steht am Sungari bei Sansin. In Fugdin steht nicht mehr General Ma, dort sind mandschurische Truppen, und die Flußsperrung besorgen die vier alten chinesischen Kanonenboote, die natürlich die mandschurische Flotte führen, deren Kommandeure und Mannschaften aber selbstverständlich japanisch verstehen. Da die Schiffe

all sind, wird die japanische Regierung demnächst, aus nachbarlicher Freundschaft, der mandschurischen Regierung ein paar neue Schiffe zur Verfügung stellen. Auch aus Lachasussu sind die japanischen Beobachter verschwunden, ein Oberst mit 80 Mann repräsentiert in der menschenleeren Stadt Herrn Puyi. Ein paar Kilometer weiter oben weht noch die Nanking-Flagge. An der Ostseecke der Ostchinesischen Bahn ist der japanische Aufmarschplatz bei Nihua.

In ganz Kirin hat sich der Bevölkerung eine regelrechte Panik bemächtigt. Die Bauern haben um 50 bis 60 Prozent weniger angebaut als im Vorjahr; in der Hauptsache säen sie Mohr, der erstens leichter wegzutransportieren ist und zweitens das kostbare Opium liefert. Woher Getreide kommen soll, weiß kein Mensch. Der Sojabau wird durch die Transitsperre erdrosselt, Reis kommt nur spärlich aus dem Süden. Die Grenze gegen die Sowjetunion ist gesperrt, aus dem Süden schieben die Japaner systematisch Koreaner vor, wie sie überhaupt die inneren nationalen Gegensätze in der Mandchurei künstlich schüren. Da die Not in Korea ungeahnte Formen angenommen hat (fast 10 Prozent der Bevölkerung Koreas betteln), ist es nicht schwer für die Japaner, Menschen nach der Mandchurei zu bringen.

Die Lage der sogenannten alten „Kirin-Truppen“, d. h. der antimandschurischen (aufständischen) Truppen der Generale Li Du und Toan Tschan Dse, ist wenig erfreulich. Auch der General Din Dschao verfügt nur noch über geringe Streitkräfte. Toan Tschan Dse hat sich am Ussuri niedergelassen. Alle diese Generale, mit dem berühmten Ma an der Spitze, haben ein objektives und subjektives Interesse daran, die Sowjetunion in ihre Angelegenheiten zu verwickeln; sie erhoffen sich daraus ihre persönliche Rettung. Die Truppen der Generale sind völlig zersetzelt. Echte und falsche Partisanen, Freiheitskämpfer und Chungung sind bunt durcheinandergewürfelt. Fest steht jedoch, daß die antijapanische Bewegung, zumal im Süden, in der Gegend der koreanischen Grenze, aber auch in der Umgebung von Charbin, in den letzten Wochen stark an Kraft und Umfang zugenommen hat. In der Provinz Kirin sind zahlreiche antijapanische Flugblätter im Umlauf, die einen ausgesprochen revolutionären Charakter besitzen und sich von den Machwerken des Generals Ma wesentlich unterscheiden. In der Stadt Chantschan zirkuliert ein Aufruf der Antimperialistischen Liga gegen den Interventionenkrieg; die koreanische Bauernjugend wird den Japanern noch manche Sorgen bereiten.

Die japanischen „Ratgeber“ der mandschurischen Regierung haben inzwischen nicht geruht. Soeben ist eine neue japanische Landkarte der Mandchurei erschienen, die außerordentlich interessant ist: Sie zeigt eine neue, vierte mandschurische Provinz, die Chingan-Provinz, die in drei Unterprovinzen zerfällt. Die neue Provinzinte-

lung hat den politischen Sinn, die Chinesen in der Mandchurei durch künstliche Nationalitätengrenzen an die Wand zu drücken. Die Japaner sind plötzlich ungemein mongolenfreundlich, sie erinnern sich der Ordschonen und der Dairis, sie pflegen mit Hingabe die alle mandschurische Volkskultur... daher die neuen Provinzen. Die Mandchurei bekommt also eine neue Verwaltungseinteilung, die den Absichten der Japaner in weitestem Ausmaße entgegenkommt. Die Frage ist nur die: Was wird die Bevölkerung der Mandchurei dazu sagen? Sie wird, unabhängig von den zweifelhaften Generalisierungen, ihren Weg zur Befreiung von der japanischen Okkupation und der verabschiedeten chinesischen Bourgeoisie gehen. (Inprekor.) Otto Heller.

## Englisch-kanadische Präferenz-Verhandlungen

Das „BT“ meldet über London unter dem 12. August:

Das zähe Handeln zwischen der englischen und der kanadischen Delegation in Ottawa wird fortgeführt. Mehr und mehr hat sich herausgestellt, wie sehr ein kanadisch-englisches Abkommen den Kernpunkt der ganzen Reichswirtschaftskonferenz bildet, wieviel davon nicht nur für die beiden zunächst Beteiligten, sondern für alle übrigen Delegationen überhaupt abhängt. Es kann deshalb nicht erstaunen, daß die anderen, schon ziemlich weit geförderten Verhandlungen, ins Stocken gekommen sind. Denn wenn sich beispielsweise Kanada weigert — und das ist im Augenblick der am heißesten umkämpfte Punkt — England Konzessionen für Textilwaren zu machen, so wird es auch den übrigen Delegationen nicht möglich sein, dem Mutterlande solche Konzessionen einzuräumen. Der Protest der heimischen Industrien würde zu groß sein. Der kanadische Premierminister Bennett hat sich nun entschlossen, seinem Kabinett die Frage der Textilkonzessionen nochmals vorzulegen. Der Widerstand wird sehr groß sein, und über den Ausgang der Beratungen kann man noch nichts genaues sagen.

Die englische Delegation legt in ihrer entscheidenden Mehrheit den größten Wert auf Textilpräferenzen in Kanada, wenn auch einzelne Delegationsmitglieder, wie Chamberlain und Cunliffe-Lister vielleicht bereit wären, diesen Punkt fallen zu lassen.

## Vertiefung der russisch-polnischen Beziehungen

Bukarest, 12. August.

Das im Augenblick für Rumänien diffizilste Problem, der russisch-polnische Nichtangriffspakt, beschäftigt die rumänischen Blätter noch immer. Alles was darüber gebracht wird, erscheint in großer Aufmerksamkeit. „Cuvantul“, „Dimineata“ und „Viiturul“ berichten heute über eine Vertiefung der polnisch-russischen Handelsbeziehungen. Die Russen sollen nämlich in Polen 20 Lokomotiven und 80 Eisenbahnwaggons im Werte von 4½ Millionen Zloty bestellt haben.

## Hoover

### zur Kriegsschuldenfrage

Washington, 12. August.

In einer Ansprache vor Vertretern der Republikanischen Partei machte Präsident Hoover Bemerkungen zu der Frage der Kriegsschulden. Er hoffe, daß eine drastische Verminderung der Rüstungen den Schuldnerstaaten die Abtragung ihrer Verpflichtungen wesentlich erleichtern würde. Darüber hinaus aber könnten die Schuldner vielleicht eine Erleichterung erhalten, wenn sie eine „greifbare Kompensation“ gewährten, beispielsweise Vergrößerung der Märkte für die amerikanische Landwirtschaft und Industrie.

Im weiteren Verlauf seiner Rede schlug Hoover vor, die Entscheidung in der Prohibitionsfrage den Einzelstaaten zu überlassen.

## Handelspolitische Abmachung Frankreich-Polen

Paris, 12. August.

WTB. Im Außenministerium sind heute zwei Handelsabkommen unterzeichnet worden, die Frankreich und Polen abgeschlossen haben. Das erste Abkommen ist ein Zusatz zu der französisch-polnischen Konvention vom 24. 4. 1929 und betrifft gewisse Zollberichtigungen. Das zweite Abkommen betrifft die provisorische Regelung der Kontingentierungen.

## Mißglückter

### Studentenputsch in Chile

Santiago de Chile, 13. August.

WTB. 400 Studenten bemächtigten sich heute der Universität in Santiago und verkündeten, daß sie eine „Bürgerrepublik“ gegründet hätten. Polizei belagerte das Gebäude, und bei den Versuchen, die Studenten aus der Universität zu vertreiben, wurde ein Polizeibeamter getötet. Schließlich wurden die Auführer verhaftet.

## 2 Arbeitersportler vom Blitz getötet

Lippe, 13. August.

Ein furchtbares Unglück ereignete sich heute nachmittag während einer Sportveranstaltung der Freien Sportverbände Lippe auf dem hiesigen städtischen Sportplatz. Der erste Blitzschlag eines heftigen Gewitters traf in eine Gruppe von Fußballspielern, von denen zwei sofort getötet und sechs erheblich verletzt wurden.